

Inhaltsverzeichnis

A.	Einleitung	9
	I. „Alter“ und „neuer Atomkonsens“?	9
	II. Zur Fragestellung und zum Aufbau des Gutachtens	10
B.	Finanzrechtliche Probleme einer Gewinnabschöpfung	11
	I. Gewinnabschöpfung durch Besteuerung	11
	1. Zum Problem des Steuererfindungsrechts	11
	2. Auswahl der Besteuerungsgegenstände / Belastungsentscheidungen durch den Gesetzgeber	12
	3. Folgerichtige Umsetzung / Gleichheitsverstöße einer Abschöpfung von Gewinnen aus laufzeitverlängerten Atomkraftwerken	13
	4. Zwischenergebnis	15
	5. Exkurs: Die Besonderheiten steuerlicher Rückstellungen von Kernkraftwerksbetreibern	15
	a) Steuerrechtlicher Hintergrund der Regelung der Rückstellungen für die atomare Entsorgung, § 6 Abs. 1 Nr. 3a Buchst. d Satz 3 EStG	15
	b) Wirkung der Regelung	18
	c) Auswirkungen einer Nutzungszeitverlängerung	20
	d) Die europarechtliche Problematik der Regelung	21
	e) Gewinnabschöpfung durch Änderung der Regelung der Rückstellungen für die atomare Entsorgung?	22
	II. Gewinnabschöpfung durch eine Ressourcennutzungsgebühr	22
	1. Zur besonderen Rechtfertigungsbedürftigkeit nichtsteuerlicher Abgaben	23
	2. Die Wasserpfennigentscheidung des Bundesverfassungsgerichts	24
	3. Fehlende Übertragbarkeit auf die Abschöpfung von Sondergewinnen aus laufzeitverlängerten Atomkraftwerken	25
	4. Zwischenergebnis	27

III. Gewinnabschöpfung durch eine Sonderabgabe	27
1. Die Sonderabgabenrechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	28
2. Nichterfüllung der Voraussetzungen einer Sonderabgabe bei der Abschöpfung von Sondergewinnen wegen Laufzeitverlängerung	32
3. Zwischenergebnis	33
IV. Gewinnabschöpfung durch einen Finanzierungszwangsverband	34
1. Der Beitrag als Finanzierungslast in einem Zwangsverband	34
2. Unzulässigkeit eines „Gewinnabschöpfungszwangsverbandes“	37
3. Zwischenergebnis	38
V. „Gewinnabschöpfung“ durch freiwillige Zahlungen der Energieversorgungsunternehmen bzw. eine Versteigerungslösung	38
1. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den UMTS-Versteigerungserlösen	39
2. Fehlende Übertragbarkeit mangels regulierungsrechtlicher Verteilungsentscheidung – Verfassungswidrige „Sondereinnahmen“ / die Gefahr einer „Nebenfinanzverfassung“	40
3. Zwischenergebnis	42
VI. Verfassungswidrigkeit eines an die Laufzeitverlängerung gekoppelten Kredit- bzw. Stiftungsmodells?	42
1. Anforderungen an Staatskredite nach Art. 115 Abs. 1 GG	43
2. Umgehung oder Formenmissbrauch?	44
a) „Vorgetäuschte“ Kreditaufnahme als Verletzung des Grundsatzes der Haushaltswahrheit	44
b) Widerspruch zur Formenstrenge der Staatsfinanzierung	45
3. Das Postulat finanzwirtschaftlich ungebundener Handlungsfreiheit im demokratischen Verfassungsstaat – von der Zwecksteuer zum „Zweckkredit“?	45
4. Behandlung nach materiellem Staatsschuldenrecht angesichts der Verschuldungsbremse durch die Föderalismusreform II	46
VII. Verfassungsrechtliche Probleme der Zweckbindung einer Gewinnabschöpfung	46
1. Zweckabgaben	47
2. Zulässigkeit der Zweckbindung des Aufkommens von Abgaben	49
3. Zwischenergebnis	55

VIII. Erstes Teilergebnis: Keine verfassungskonforme Möglichkeit der Abschöpfung von Sondergewinnen von Kernkraftwerken aus einer Laufzeitverlängerung	55
C. Exkurs: Einführung einer allgemeinen Kernbrennstoffsteuer	56
I. Verfassungskonformität einer Kernbrennstoffsteuer	56
1. Formelle Verfassungsmäßigkeit	56
2. Materielle Verfassungsmäßigkeit	58
3. Zwischenergebnis	59
II. Vereinbarkeit mit europarechtlichen Vorgaben	59
1. Einführung einer Kernbrennstoffsteuer ohne Grenzsteuerausgleich	59
2. Einführung einer Kernbrennstoffsteuer, inkl. Regelung eines Grenzsteuerausgleichs	60
3. Zwischenergebnis	61
III. Zweites Teilergebnis: Erhebung einer allgemeinen Kernbrennstoffsteuer verfassungs- und europarechtskonform	61
D. Verfassungsrechtliche Probleme einer konsensualen Vereinbarung	62
I. Rechtsnatur und Bindungswirkung des angestrebten Konsenses	62
1. Rechtliche Unverbindlichkeit	62
2. Faktische Bindungswirkung	64
3. Atypisches informales Staatshandeln	66
II. Konsensbildung als funktionelle Gesetzgebung: Zuständigkeits- und verfahrensrechtliche Anforderungen des Grundgesetzes	66
1. Gewaltenteilungsgrundsatz (Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GG): Fehlende Organkompetenz der Bundesregierung?	67
a) Abgrenzung: Gesetzesinitiativrecht (Art. 76 Abs. 1 Var. 1 GG) und Gesetzesbeschlussrecht (Art. 77 Abs. 1 Satz 1 GG)	67
b) Rechtfertigung der parlamentarischen Zwangslage analog Art. 59 Abs. 2 GG?	69
c) Vergleich: Der Vermittlungsausschuss als „Nebengesetzgeber“	70
d) Zwischenergebnis	71
2. Formenmissbrauch als Kehrseite kompetenzrechtlicher Anmaßung	72

3. Verstoß gegen Art. 38 Abs. 1 Satz 1 und 2 GG	72
4. Übergreifen in die Verwaltungskompetenzen der Länder?	73
5. Verletzung des Demokratieprinzips (Art. 20 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 GG)	74
a) „Verwischung“ von Verantwortungszusammenhängen	75
b) Herstellung politischer Ungleichheit	76
c) Widerspruch zur Wesentlichkeitstheorie	77
III. Kompensation der Verlagerung in die Informalität?	79
1. Stärkung der „Output-Legitimation“?	79
2. Beteiligung des Parlaments bei den Verhandlungen	80
3. Zwischenergebnis	82
IV. Drittes Teilergebnis: Verfassungsrechtliche Problematik konsensueller Vereinbarungen im Bereich der Atomkraft	82
E. Zusammenfassung in Thesen	83